Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/5508

30. 10. 89

Unterrichtung

durch das Europäische Parlament

Entschließung zur DDR

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT —

A. besorgt über die Abwanderung Tausender von DDR-Bürgern über Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei in die Bundesrepublik Deutschland,

B. in der Erwägung, daß die meisten dieser Flüchtlinge ihr Land vor allem aus Unzufriedenheit über fehlende demokratische Reformen verlassen, wie die zahlreichen Demonstrationen gezeigt haben, die in vielen Städten der DDR stattfanden,

C. besorgt über das repressive Vorgehen gegen die Demonstranten, die am 7. Oktober 1989 insbesondere in Ost-Berlin, Leipzig und Dresden demokratische Reformen forderten, wobei bei Hunderten von Personen die Personalien überprüft, Dutzende verletzt und mehrere Personen festgenommen wurden,

D. in der Erwägung, daß der starke Zustrom von Flüchtlingen in den Transitländern humanitäre und materielle Probleme aufwirft,

E. unter Hinweis auf den Beschluß der ungarischen Regierung, Tausenden von DDR-Bürgern die Ausreise über die österreichisch-ungarische Grenze in die Bundesrepublik Deutschland zu genehmigen, sowie unter Hinweis auf den Beschluß der Regierungen Polens und der Tschechoslowakei, ihre Abreise zu erleichtern,

F. in der Gewißheit, daß die Bevölkerung der DDR unsere Bemühungen für eine Einigung Europas und die Selbstbestimmung des deutschen Volkes in Frieden und Freiheit mit Zustimmung verfolgt —

1. fordert die Regierung der DDR auf, den Weg zu demokratischen Reformen in der DDR zu öffnen;

2. fordert die Regierung der DDR auf, keine repressiven Maßnahmen anzuwenden und alle Verpflichtungen der Schluß-

---

Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments – 27385 – vom 23. Oktober 1989.
Das Europäische Parlament hat die Entschließung in der Sitzung am 12. Oktober 1989 angenommen.

akte von Helsinki einzuhalten, wozu sie sich vertraglich verpflichtet hat,

3. fordert die DDR auf, sofort alle Polizeiaktionen gegen Bürger einzustellen, die nichts anderes wollen, als in Freiheit in ihrem Land zu leben, die willkürlich festgenommenen oder verurteilten Personen freizulassen und auf die gerichtliche und polizeiliche Verfolgung zu verzichten;

4. unterstreicht den von den Demonstranten bekundeten Willen nach Freiheit, Demokratie und Mitbestimmung;

5. vertritt die Auffassung, daß die notwendigen demokratischen Reformen zur Lösung der schwerwiegenden Probleme beitragen können, die der Grund für die Massenabwanderung sind, und unterstreicht ferner die Notwendigkeit von Gesprächen zwischen allen politischen und gesellschaftlichen Kräften des Landes;

6. hält es für das legitime Recht der Bevölkerung in der DDR, ihr Wirtschaftssystem, ihre Regierungsform und über die Zukunft ihres Landes selbst zu bestimmen;

7. ersucht die im Rahmen der EPZ zusammentretenden Außenminister, die Regierung der DDR aufzufordern, die Menschenrechte zu achten, und fordert die EG-Mitgliedsregierungen auf, die Menschenrechtssituation in der DDR und die Unterstützung der Reformbewegungen in Ost- und Mitteleuropa zum Gegenstand ihres Gipfeltreffens am 8./9. Dezember in Straßburg zu machen;

8. erwartet von Rat und Kommission, daß sie bei künftigen Verhandlungen oder Kontakten mit der DDR diese Entschließung beachten;

9. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung der Kommission, dem Rat, der EPZ, den Parlamenten und Regierungen der Mitgliedstaaten und der Regierung der DDR zu übermitteln.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333